

293314-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen – Neuaufstellung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Brieselang mit integrierten Landschaftsplan

OJ S 83/2026 29/04/2026

Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung - Änderungsbekanntmachung Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Gemeinde Brieselang

E-Mail: vergabe@gemeindebrieselang.de

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: Neuaufstellung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Brieselang mit integrierten Landschaftsplan

Beschreibung: Die Gemeinde Brieselang beabsichtigt einen Flächennutzungsplan mit integrierten Landschaftsplan als Gesamtplan für das Gemeindegebiet aufzustellen. Die Gemeinde gliedert sich in drei Ortsteile - Bredow, Brieselang und Zeestow. Die bisher existierenden Teilpläne für die jeweiligen Ortsteile sollen durch den Gesamt-FNP ersetzt werden.

Kennung des Verfahrens: 8605fa84-331a-4bd2-9a23-d2d2c4814143

Interne Kennung: OV/26/51101/52110700/07

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen, 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

2.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Am Markt 3

Stadt: Brieselang

Postleitzahl: 14656

Land, Gliederung (NUTS): Havelland (DE408)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: #Bekanntmachungs-ID: CXS0YRJYT73BKJJ8# Eignungskriterien: Mit dem Formular "Eigenerklärung zur Eignung" werden nachfolgende Angaben gefordert: (1) - Anzugeben ist, ob eine Zugehörigkeit zu freiberuflichen Architekten, Ingenieuren oder der

Ingenieur- und Architektenkammer besteht. - Es ist anzugeben ob eine Eintragung im Handelsregister besteht unter der Angabe der Nummer sowie des Amtsgerichts. (2) - Nachweis der Berufshaftpflichtversicherung bei einem Versicherungsunternehmen, das in einem EU-Mitgliedstaat oder einem Vertragsstaat des Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassen ist oder bei nicht ausreichender Deckungssumme Zusicherung der Versicherung, dass die Deckungssumme im Auftragsfall angepasst wird. Deckungssumme für Personenschäden (je Versicherungsfall) 1.500.000,00 Euro, Deckungssumme für Sach- und Vermögensschäden (je Versicherungsfall) 1.000.000,00 Euro. (3) Erklärung Gesamtumsatz der Jahre 2023, 2024, 2025 (4) Anzahl der in den letzten drei Jahren Jahres durchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte. Mindestkriterium: Das Unternehmen muss mindestens 4 Mitarbeitende beschäftigen. (5) Nachweis das alle Mitglieder des Projektteams (Projektverantwortliche/r, stellvertretende/r Projektverantwortliche/r und Projektmitarbeitende) über einen fachlich einschlägigen Hochschulabschluss oder eine vergleichbare Ausbildung in einem relevanten Fachgebiet (Stadtplanung oder vergleichbar, - Landschaftsplanung, - Umweltplanung, oder vergleichbar) verfügen. (6) Nachweis von mind. 3 Referenzen zu Leistungen die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind. Vergleichbar ist beispielsweise die abgeschlossene Erstellung eines Flächennutzungsplanes, einer landschaftsplanerischen Leistung (z.B. Landschaftsplan, Landschaftsrahmenplan, Grünordnungsplan, landschaftspflegerischer Begleitplan, Pflege- und Entwicklungsplan) und die abgeschlossene Erstellung von einer umweltfachlichen Leistung (z.B. Umweltbericht zu einem Flächennutzungsplan oder Bebauungsplan, Umweltverträglichkeitsprüfungen). Anerkannt werden Referenzobjekte, wenn folgende indestanforderungen erfüllt sind: 1. Das Projekt ist bereits abgeschlossen 2. Referenzen innerhalb der letzten 10 Geschäftsjahre (ab 2015) Gewichtung der Zuschlagskriterien: 1) Zusammensetzung, Organisation und Erfahrung des vorgeschlagenen Projektteams gesamt 20% 1a) Darstellung des/der Projektverantwortlichen 10% * 1b) Vertreter der/des Projektverantwortlichen (Organisation der Auftragserfüllung bei Ausfall der/des Projektverantwortlichen) 10% ** * Mindestkriterium Projektverantwortliche/r: Es ist eine mindestens 5-jährige Berufserfahrung des Projektverantwortlichen nachzuweisen. Die Berufserfahrung soll in Form einer Kurzvita vom Bieter selbst erstellt werden. ** Mindestkriterium Vertreter der/des Projektverantwortlichen: Es ist eine mindestens 3- jährige Berufserfahrung nachzuweisen. Die Berufserfahrung soll in Form einer Kurzvita vom Bieter selbst erstellt werden. 2) Konzept zur Leistungserbringung gesamt 50% 2a) Projektanalyse und -verständnis, Erkennen der projektspezifischen Aufgabenstellung, Herangehens weise bzgl. der Leistungserbringung 30% 2b) Darstellung Terminsteuerung und Zusammenarbeit mit dem Auftraggeber, Sicherstellung von Ausführungszeiträumen und Beteiligungsfristen, Terminplanung und Steuerung 20% 3) Honorar/Preis gesamt 30% 3a) Gesamthonorar inkl. Nebenkosten (brutto) 20% 3b) Durchschnittliche Stundensätze 10% Die Eignungs- und Zuschlagskriterien liegen den Vergabeunterlagen bei. Unter <https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPCenter/company/welcome.do> können Vergabeunterlagen kostenlos angefordert und heruntergeladen und Nachrichten der Vergabestelle eingesehen werden. Zum Download der Unterlagen wird keine zusätzliche Software benötigt. Die Beantwortung von Bieteranfragen sowie sämtliche Kommunikation zwischen Bietern und der Vergabestelle erfolgt ausschließlich über das o.g. Vergabeportal. HINWEIS: Der Bieter muss sich selbst fortlaufend informieren, ob neue oder aktualisierte Dateien zum Download zur Verfügung stehen.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten

Verpflichtungen: Die Ausschlussgründe nach GWB 4. Teil (Gesetz gegen

Wettbewerbsbeschränkungen) regeln, unter welchen Umständen ein Unternehmen von der

Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden kann. Es gibt sowohl

zwingende (obligatorische) als auch fakultative (ermessensabhängige) Ausschlussgründe

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung: Die Ausschlussgründe nach GWB 4. Teil

(Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) regeln, unter welchen Umständen ein

Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden kann.

Es gibt sowohl zwingende (obligatorische) als auch fakultative (ermessensabhängige)

Ausschlussgründe

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten: Die

Ausschlussgründe nach GWB 4. Teil (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) regeln,

unter welchen Umständen ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren

ausgeschlossen werden kann. Es gibt sowohl zwingende (obligatorische) als auch fakultative

(ermessensabhängige) Ausschlussgründe

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung: Die Ausschlussgründe nach GWB 4. Teil (Gesetz

gegen Wettbewerbsbeschränkungen) regeln, unter welchen Umständen ein Unternehmen von

der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden kann. Es gibt sowohl

zwingende (obligatorische) als auch fakultative (ermessensabhängige) Ausschlussgründe

Betrug: Die Ausschlussgründe nach GWB 4. Teil (Gesetz gegen

Wettbewerbsbeschränkungen) regeln, unter welchen Umständen ein Unternehmen von der

Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden kann. Es gibt sowohl

zwingende (obligatorische) als auch fakultative (ermessensabhängige) Ausschlussgründe

Korruption: Die Ausschlussgründe nach GWB 4. Teil (Gesetz gegen

Wettbewerbsbeschränkungen) regeln, unter welchen Umständen ein Unternehmen von der

Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden kann. Es gibt sowohl

zwingende (obligatorische) als auch fakultative (ermessensabhängige) Ausschlussgründe

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels: Die Ausschlussgründe nach GWB 4.

Teil (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) regeln, unter welchen Umständen ein

Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden kann.

Es gibt sowohl zwingende (obligatorische) als auch fakultative (ermessensabhängige)

Ausschlussgründe

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern: Die Ausschlussgründe nach

GWB 4. Teil (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) regeln, unter welchen Umständen

ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden

kann. Es gibt sowohl zwingende (obligatorische) als auch fakultative (ermessensabhängige)

Ausschlussgründe

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen: Die

Ausschlussgründe nach GWB 4. Teil (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) regeln,

unter welchen Umständen ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren

ausgeschlossen werden kann. Es gibt sowohl zwingende (obligatorische) als auch fakultative

(ermessensabhängige) Ausschlussgründe

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen: Die Ausschlussgründe nach GWB 4. Teil

(Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) regeln, unter welchen Umständen ein

Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden kann.

Es gibt sowohl zwingende (obligatorische) als auch fakultative (ermessensabhängige)

Ausschlussgründe

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen: Die Ausschlussgründe nach GWB 4. Teil

(Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) regeln, unter welchen Umständen ein

Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden kann. Es gibt sowohl zwingende (obligatorische) als auch fakultative (ermessensabhängige)

Ausschlussgründe

Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen: Die Ausschlussgründe nach GWB 4. Teil (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) regeln, unter welchen Umständen ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden kann.

Es gibt sowohl zwingende (obligatorische) als auch fakultative (ermessensabhängige)

Ausschlussgründe

Zahlungsunfähigkeit: Die Ausschlussgründe nach GWB 4. Teil (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) regeln, unter welchen Umständen ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden kann.

Es gibt sowohl zwingende (obligatorische) als auch fakultative (ermessensabhängige)

Ausschlussgründe

Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter: Die Ausschlussgründe nach GWB 4. Teil (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) regeln, unter welchen Umständen ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden kann.

Es gibt sowohl zwingende (obligatorische) als auch fakultative (ermessensabhängige)

Ausschlussgründe

Einstellung der gewerblichen Tätigkeit: Die Ausschlussgründe nach GWB 4. Teil (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) regeln, unter welchen Umständen ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden kann.

Es gibt sowohl zwingende (obligatorische) als auch fakultative (ermessensabhängige)

Ausschlussgründe

Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften: Die Ausschlussgründe nach GWB 4. Teil (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) regeln, unter welchen Umständen ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden kann.

Es gibt sowohl zwingende (obligatorische) als auch fakultative (ermessensabhängige)

Ausschlussgründe

Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten: Die Ausschlussgründe nach GWB 4. Teil (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) regeln, unter welchen Umständen ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden kann.

Es gibt sowohl zwingende (obligatorische) als auch fakultative (ermessensabhängige)

Ausschlussgründe

Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs: Die Ausschlussgründe nach GWB 4. Teil (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) regeln, unter welchen Umständen ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden kann.

Es gibt sowohl zwingende (obligatorische) als auch fakultative (ermessensabhängige)

Ausschlussgründe

Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren: Die Ausschlussgründe nach GWB 4. Teil (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) regeln, unter welchen Umständen ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden kann.

Es gibt sowohl zwingende (obligatorische) als auch fakultative (ermessensabhängige)

Ausschlussgründe

Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens: Die Ausschlussgründe nach GWB 4. Teil (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) regeln, unter welchen Umständen ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden kann.

Es gibt sowohl zwingende (obligatorische) als auch fakultative (ermessensabhängige)

Ausschlussgründe

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Die Ausschlussgründe nach GWB 4. Teil (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) regeln, unter welchen Umständen ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden kann.

Es gibt sowohl zwingende (obligatorische) als auch fakultative (ermessensabhängige)

Ausschlussgründe

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Die Ausschlussgründe nach GWB 4. Teil (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) regeln, unter welchen Umständen ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden kann.

Es gibt sowohl zwingende (obligatorische) als auch fakultative (ermessensabhängige)

Ausschlussgründe

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Die Ausschlussgründe nach GWB 4. Teil (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) regeln, unter welchen Umständen ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden kann.

Es gibt sowohl zwingende (obligatorische) als auch fakultative (ermessensabhängige)

Ausschlussgründe

Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen: Die Ausschlussgründe nach GWB 4. Teil (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) regeln, unter welchen Umständen ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden kann.

Es gibt sowohl zwingende (obligatorische) als auch fakultative (ermessensabhängige)

Ausschlussgründe

unter welchen Umständen ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden kann. Es gibt sowohl zwingende (obligatorische) als auch fakultative (ermessensabhängige) Ausschlussgründe

Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren: Die Ausschlussgründe nach GWB 4. Teil (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen) regeln, unter welchen Umständen ein Unternehmen von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausgeschlossen werden kann. Es gibt sowohl zwingende (obligatorische) als auch fakultative (ermessensabhängige) Ausschlussgründe

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: Neuauaufstellung des Flächennutzungsplans der Gemeinde Brieselang mit integrierten Landschaftsplan

Beschreibung: Die Leistungen umfassen Grundleistungen sowie besondere Leistungen nach HOAI zur Aufstellung eines B-Plans sowie zur Änderung des entsprechenden Teilbereichs des FNP und Fortschreibung des integrierten Landschaftsplans. Der Landschaftsplan setzt sich zusammen aus einer Bestandsaufnahme einschließlich Analyse und Bewertung der Ressourcen, also des Zustandes von Natur und Landschaft, sowie einem Planungsteil mit Zielen und Maßnahmen, jeweils auf das gesamte Gemeindegebiet (besiedelter und unbesiedelter Bereich) bezogen. Der Flächennutzungsplan soll im Regelverfahren mit Durchführung einer Umweltprüfung gem. § 2 Abs. 4 BauGB aufgestellt werden. Die erforderlichen Beteiligungen nach dem Baugesetzbuch erfolgen unter Nutzung von DiPlanBeteiligung Brandenburg in seiner aktuellen Anwendungsform (siehe <https://bb.beteiligung.diplanung.de/>). Leistungen: 1. Grundleistungen Flächennutzungsplan: - Zusammenstellen und Werten des vorhandenen Grundlagenmaterials, - Erfassen der abwägungsrelevanten Sachverhalte, - Ortsbesichtigungen, - Festlegen ergänzender Fachleistungen und Formulieren von Entscheidungshilfen für die Auswahl anderer fachlich Beteiligter, soweit notwendig, - Analysieren und Darstellen des Zustandes des Plangebiets, soweit für die Planung von Bedeutung und abwägungsrelevant, unter Verwendung hierzu vorliegender Fachbeiträge, - Mitwirken beim Festlegen von Zielen und Zwecken der Planung, - Erarbeiten des Vorentwurfes in der vorgeschriebenen Fassung mit Begründung für die frühzeitigen Beteiligungen nach den Bestimmungen des Baugesetzbuchs, - Darlegen der wesentlichen Auswirkungen der Planung, - Berücksichtigen von Fachplanungen, - Mitwirken an der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung einschließlich Erörterung der Planung, - Mitwirken an der frühzeitig. Beteiligung der Behörden u. Stellen, die Träger öffentlicher Belange, - Mitwirken an der frühzeitigen Abstimmung mit den Nachbargemeinden, - Abstimmen des Vorentwurfes für die frühzeitigen Beteiligungen in der vorgeschriebenen Fassung mit der Gemeinde. 2. Integrierter Landschaftsplan mit den Grundleistungen des § 23 Abs. 2 HOAI i. V. m. Anlage 4 HOAI mit Umweltprüfung gemäß § 2 Abs. 4 BauGB und Umweltbericht gemäß § 2a BauGB i.V.m. Anlage 1 zum BauGB: - Klären der Aufgabenstellung - Ermitteln der Planungsgrundlagen - Erstellung vorläufige sowie abgestimmte Fassung 3. Besondere Leistungen gemäß § 3 Abs. 2 HOAI als Einzelerfolge in Verbindung mit Anlage 9 HOAI: - Beschaffen der digitalen Planungsgrundlage - Vorbereiten, Durchführen, Auswerten und Dokumentieren der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 3 und 4 Absätze 1 BauGB - Vorbereiten, Durchführen, Auswerten und Dokumentieren der Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 3 und 4 Absätze 2 BauGB - Vorbereiten, Durchführen, Teilnehmen und Präsentieren der Planungsstände an

Sitzungen der politischen Gremien der Gemeindevertreterversammlung und im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung - Mitwirken an der Genehmigung des Flächennutzungsplans - Entwurf einer Zusammenfassenden Erklärung gem. 6a Abs. 1 BauGB zum wirksamen Flächennutzungsplan.

Interne Kennung: OV/26/51101/52110700/07

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen, 71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Zusätzliche Angaben Gewichtung der Zuschlagskriterien: 1) Zusammensetzung, Organisation und Erfahrung des vorgeschlagenen Projektteams gesamt 20% 1a) Darstellung des/der Projektverantwortlichen 10% * 1b) Vertreter der/des Projektverantwortlichen (Organisation der Auftragserfüllung bei Ausfall der/des Projektverantwortlichen) 10% ** * Mindestkriterium: Projektverantwortliche/r: Es ist eine mindestens 5-jährige Berufserfahrung des Projektverantwortlichen nachzuweisen. Die Berufserfahrung soll in Form einer Kurzvita vom Bieter selbst erstellt werden. ** Mindestkriterium: Vertreter der/des Projektverantwortlichen: Es ist eine mindestens 3-jährige Berufserfahrung nachzuweisen. Die Berufserfahrung soll in Form einer Kurzvita vom Bieter selbst erstellt werden. 2) Konzept zur Leistungserbringung gesamt 50% 2a) Projektanalyse und -verständnis, Erkennen der projektspezifischen Aufgabenstellung, Herangehensweise bzgl. der Leistungserbringung 30% 2b) Darstellung Terminsteuerung und Zusammenarbeit mit dem Auftraggeber, Sicherstellung von Ausführungszeiträumen und Teiligungsfristen, Terminplanung und Steuerung 20% 3) Honorar/Preis gesamt 30% 3a) Gesamthonorar inkl. Nebenkosten (brutto) 20% 3b) Durchschnittliche Stundensätze 10% Die Eignungs- und Zuschlagskriterien liegen den Vergabeunterlagen bei. Alle geforderten Unterlagen müssen in deutscher Sprache eingereicht werden. Sofern Bewerber/Bietergemeinschaft und/oder Unterauftragnehmer mit Eignungsleihe vorgesehen sind, ist die Eigenerklärung mehrfach auszufüllen. Im Fall von Bewerber/Bietergemeinschaft ist das ausgefüllte Formular zur Erklärung der Bieter/Bewerbergemeinschaft einzureichen. Im Fall von Unterauftragnehmern (Nachunternehmer) ist das Formular für Unteraufträge, Eignungsleihe und das Formular zur Verpflichtungserklärung anderer Unternehmer) einzureichen. Änderungen in den Formularen sind nicht zulässig. Die Auflistung ist nicht abschließend.

5.1.2. Erfüllungsort

Postanschrift: Am Markt 3

Stadt: Brieselang

Postleitzahl: 14656

Land, Gliederung (NUTS): Havelland (DE408)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Andere Laufzeit: Unbekannt

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot
Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert
Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja
Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja
Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance#, #Besonders auch geeignet für:selbst#, #Besonders auch geeignet für:other-sme#

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Eintragung in ein relevantes Berufsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eignungskriterium (Mit dem Angebot; Mittels Eigenerklärung): Mit dem Formular "Eigenerklärung zur Eignung" werden nachfolgende Angaben gefordert: 1. Anzugeben ist, ob eine Zugehörigkeit zu freiberuflichen Architekten, Ingenieuren oder der Ingenieur- und Architektenkammer besteht. 2. Es ist anzugeben ob eine Eintragung im Handelsregister besteht unter der Angabe der Nummer sowie des Amtsgerichts.

Kriterium: Andere wirtschaftliche oder finanzielle Anforderungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eignungskriterium (Mit dem Angebot; Mittels Eigenerklärung): Mit dem Formblatt "Eigenerklärung zur Eignung" werden nachfolgende Angaben gefordert: 1. Nachweis der Berufshaftpflichtversicherung bei einem Versicherungsunternehmen, das in einem EU-Mitgliedstaat oder einem Vertragsstaat des Abkommen über den Europäischen Wirtschaftsraum zugelassen ist oder bei nicht ausreichender Deckungssumme Zusicherung der Versicherung, dass die Deckungssumme im Auftragsfall angepasst wird. Deckungssumme für Personenschäden (je Versicherungsfall) 1.500.000,00 Euro, Deckungssumme für Sach- und Vermögensschäden (je Versicherungsfall) 1.000.000,00 Euro.

Kriterium: Allgemeiner Jahresumsatz

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eignungskriterium (Mit dem Angebot; Mittels Eigenerklärung): Mit dem Formblatt "Eigenerklärung zur Eignung" werden folgende Angaben gefordert: Erklärung zum Gesamtumsatz der Jahre 2023, 2024, 2025

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eignungskriterium (Mit dem Angebot; Mittels Eigenerklärung): Mit dem Formblatt "Eigenerklärung zur Eignung" werden folgende Angaben gefordert: - mind. 3 Referenzen zu Leistungen die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind. Vergleichbar ist beispielsweise die abgeschlossene Erstellung eines Flächennutzungsplanes, einer landschaftsplanerischen Leistung (z.B. Landschaftsplan, Landschaftsrahmenplan, Grünordnungsplan, landschaftspflegerischer Begleitplan, Pflege- und Entwicklungsplan) und die abgeschlossene Erstellung von einer umweltfachlichen Leistung (z. B. Umweltbericht zu einem Flächennutzungsplan oder Bebauungsplan, Umweltverträglichkeitsprüfungen). Anerkannt werden Referenzobjekte, wenn folgende Mindestanforderungen erfüllt sind: 1. Das Projekt ist bereits abgeschlossen 2. Referenzen innerhalb der letzten 10 Geschäftsjahre (ab 2015)

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eignungskriterium (Mit dem Angebot; Mittels Eigenerklärung): Mit dem Formblatt "Eigenerklärung zur Eignung" werden folgende Angaben gefordert: - Anzahl der in den letzten drei Jahren Jahres durchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte. Mindestkriterium: Das Unternehmen muss mindestens 4 Mitarbeitende beschäftigen.

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eignungskriterium (Mit dem Angebot; Mittels Eigenerklärung): Mit dem Formular "Eigenerklärung zur Eignung" werden nachfolgende Angaben gefordert: Nachweis das alle Mitglieder des Projektteams (Projektverantwortliche/r, stellvertretende/r Projektverantwortliche/r und Projektmitarbeitende) über einen fachlich einschlägigen Hochschulabschluss oder eine vergleichbare Ausbildung in einem relevanten Fachgebiet (Stadtplanung oder vergleichbar, - Landschaftsplanung, - Umweltplanung, oder vergleichbar) verfügen.

5.1.11. **Auftragsunterlagen**

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 27/04/2026 23:59:59 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXS0YRJYT73BKJJ8/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXS0YRJYT73BKJJ8>

5.1.12. **Bedingungen für die Auftragsvergabe**

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://vergabemarktplatz.brandenburg.de/VMPSatellite/notice/CXS0YRJYT73BKJJ8>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 12/05/2026 10:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 35 Tage

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können einige fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Fehlende, unvollständige oder fehlerhafte unternehmensbezogene Unterlagen gemäß § 56 II Satz 1 VGV werden nachgefordert. Leistungsbezogene Unterlage gemäß § 56 III VGV werden nicht nachgefordert.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Einzureichende Unterlagen: Mit dem Angebot, mittels Eigenerklärung: - 4.1 EU Eigenerklärung Ausschlussgründe - 4.2 EU Bewerber-Bietergemeinschaftserklärung - 4.3 EU Erklärung Unteraufträge Eignungsleihe - 4.4 EU

Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen - 5.3 EU Vereinbarung Mindestanforderungen BbgVergG - 5.4 EU Vereinbarung Mindestanforderungen Nachunternehmer Verleiher BbgVergG - Formular "Eigenerklärung zur Eignung"
Elektronische Rechnungsstellung: Erforderlich
Aufträge werden elektronisch erteilt: ja
Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer des Landes Brandenburg beim Ministerium für Wirtschaft und Energie

Informationen über die Überprüfungsfristen: Mit der Abgabe eines Angebotes unterliegt der Bieter/die Bieterin den Bestimmungen über nicht berücksichtigte Angebote gemäß § 62 VgV. Vergaberechtsverstöße sind vom Antragsteller eines Nachprüfungsverfahrens vor der Vergabekammer gegenüber der Vergabestelle zu rügen. Gemäß §160 (3) GWB ist ein Antrag auf ein Nachprüfungsverfahren unzulässig, soweit: 1) der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt, 2) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Angebotsabgabe oder zur Bewerbung gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 3) Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden, 4) mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind. 5) Gemäß §135 (2) GWB kann eine Unwirksamkeit eines Vertrages nur festgestellt werden, wenn sie im Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen ab Kenntnis des Verstoßes, jedoch nicht später als 6 Monate nach Vertragsschluss geltend gemacht worden ist. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union bekannt gemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der Europäischen Union.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Gemeinde Brieselang

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt: Gemeinde Brieselang

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Gemeinde Brieselang

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Gemeinde Brieselang

Registrierungsnummer: 12-12992262156119-43

Postanschrift: Am Markt 3

Stadt: Brieselang
Postleitzahl: 14656
Land, Gliederung (NUTS): Havelland (DE408)
Land: Deutschland
Kontaktperson: Vergabestelle
E-Mail: vergabe@gemeindebrieselang.de
Telefon: +49 33232 3380
Internetadresse: <http://www.gemeindebrieselang.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer
Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt
Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Gemeinde Brieselang
Registrierungsnummer: 12-12992262156119-43
Postanschrift: Am Markt 3
Stadt: Brieselang
Postleitzahl: 14656
Land, Gliederung (NUTS): Havelland (DE408)
Land: Deutschland
Kontaktperson: Vergabestelle
E-Mail: vergabe@gemeindebrieselang.de
Telefon: +4933232388-0
Internetadresse: <http://www.gemeindebrieselang.de>

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die weitere Informationen für die Nachprüfungsverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer des Landes Brandenburg beim Ministerium für
Wirtschaft und Energie
Registrierungsnummer: t:03318661719
Postanschrift: Heinrich-Mann-Allee 107
Stadt: Potsdam
Postleitzahl: 14473
Land, Gliederung (NUTS): Potsdam, Kreisfreie Stadt (DE404)
Land: Deutschland
E-Mail: vergabekammer@MWAE.brandenburg.de
Telefon: +49 3318661610
Internetadresse: <http://www.mwae.brandenburg.de>

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des
Beschaffungsamts des BMI)
Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83
Stadt: Bonn
Postleitzahl: 53119
Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)
Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

10. Änderung

Fassung der zu ändernden vorigen Bekanntmachung

:

94211a64-96a5-42b9-850f-4b693241c18c-01

Hauptgrund für die Änderung

:

Informationen sind jetzt verfügbar

Beschreibung

:

Aufgrund der Anzahl von eingegangenen Bieterfragen werden der Angebotsöffnungstermin und die Zuschlags-/Bindefrist verschoben.

10.1. Änderung

Abschnittskennung: PROCEDURE

Beschreibung der Änderungen: Neuer Angebotsöffnungstermin (Angebotsfrist): 12.05.2026, 10:00 Uhr Neuer Termin Zuschlags-/Bindefrist: 16.06.2026 (frühester Leistungsbeginn: 17.06.2026)

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 5d307dae-4baa-4828-a2e5-bfc4288178f3 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 27/04/2026 15:14:03 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 293314-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 83/2026

Datum der Veröffentlichung: 29/04/2026